

Antrag

der Abgeordneten Maria Klein-Schmeink, Kordula Schulz-Asche, Elisabeth Scharfenberg, Dr. Harald Terpe, Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Kai Gehring, Uile Schauws, Tabea Rößner, Doris Wagner, Beate Walter-Rosenheimer, Claudia Roth (Augsburg), Dr. Valerie Wilms, Annalena Baerbock, Ekin Deligöz, Harald Ebner, Matthias Gastel, Anja Hajduk, Dieter Janecek, Sven-Christian Kindler, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Markus Kurth, Steffi Lemke, Dr. Tobias Lindner, Peter Meiwald, Beate Müller-Gemmeke, Friedrich Ostendorff, Brigitte Pothmer, Corinna Rüffer, Dr. Gerhard Schick, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

UN-Nachhaltigkeitsziel 3 in Deutschland schon jetzt umsetzen – Gesundes Leben für alle ermöglichen und fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Gipfeljahr 2015 haben wir die Chance, einen echten Durchbruch für Klimaschutz und globale Gerechtigkeit zu erreichen. In einer Zeit, in der weltweit Millionen von Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, hängen Hunger, gewaltsame Konflikte, Verlust der Biodiversität, Klimakrise, Armuts- und Ressourcenkrisen eng zusammen, globale Gerechtigkeit und Klimaschutz lassen sich nicht getrennt voneinander erreichen. Die Ergebnisse der Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York für globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) werden zusammen mit den Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen in Paris für die kommenden Jahrzehnte die internationale, europäische und deutsche Politik prägen. Sie sind entscheidend für die Frage, ob wir endlich die Chance für eine nachhaltige und gute Zukunft für alle nutzen wollen.

Eine nachhaltige Entwicklung, der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und echter Klimaschutz können global nur dann erreicht werden, wenn alle damit bei sich zu Hause anfangen. Deutschland ist von echter Nachhaltigkeit noch weit entfernt und hat zugleich als führendes Industrieland in der EU eine besondere Verantwortung. Für einen Aufbruch in nachhaltiges Leben und Wirtschaften fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, sich für Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung einzusetzen, wofür es eine bessere ressortübergreifende Abstimmung braucht. Zudem muss die Bundesregierung für jedes der von den Vereinten Nationen vorgelegten 17 Nachhaltigkeitsziele entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung gerade auch in Deutschland und innerhalb der EU ergreifen.

UN-Nachhaltigkeitsziel 3 in Deutschland umsetzen

Bereits die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (UN) von 1948 formuliert in Artikel 25 Gesundheit als Menschenrecht. Mit dem dritten UN-Nachhaltigkeitsziel soll ein gesundes Leben für alle gesichert und gefördert werden. Dazu soll unter anderem der Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie zu Medikamenten und Impfstoffen für alle ermöglicht, die Mütter- und Säuglingssterblichkeit reduziert, AIDS, Malaria und Tuberkulose bis 2030 überwunden sowie Prävention und Behandlung von Abhängigkeitserkrankungen bei Alkohol und anderen Drogen gestärkt werden.

Auch in Deutschland kann und muss noch viel getan werden, um dieses UN-Nachhaltigkeitsziel zu erreichen. Armut, soziale Benachteiligung und ein niedriges Bildungsniveau haben einen negativen Einfluss auf die Gesundheitssituation der Menschen hierzulande. Dies wird durch die bestehende Ausrichtung der Gesundheitsförderung und Prävention verstärkt, statt behoben.

Die Trennung in gesetzliche und private Krankenversicherung ist sozial ungerecht und führt bei der Behandlung von Krankheiten zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Defizite bestehen oder drohen zudem im ländlichen Raum und in sozial benachteiligten Stadtteilen. Insbesondere für Flüchtlinge fehlt nach wie vor eine tragfähige Lösung, die einen bedarfsgerechten Zugang zu unserem Gesundheitssystem ermöglicht.

Deutschland darf sich nicht aus der Verantwortung für die eigene und die globale Gesundheit sowie für die Bekämpfung mit Armut assoziierter oder bislang vernachlässigter Krankheiten stellen. Handlungsbedarf besteht zudem im Kampf gegen die zunehmenden Antibiotikaresistenzen – sowohl in der Humanmedizin als auch in der Tierhaltung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Zwei-Klassen Medizin in Deutschland endlich zu beenden durch die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung und damit eine solidarische, stabile und nachhaltige Finanzierung des Gesundheitswesens zu schaffen;
2. sozial bedingte ungleiche Gesundheitschancen abzubauen durch eine moderne Gesundheitsförderung für alle und durch die Senkung von Gesundheitsbelastungen in den Alltagswelten, wie Kindergarten, Schule oder Betrieb sowie gemeinsam mit den Ländern den Öffentlichen Gesundheitsdienst bei Prävention und Infektionsschutz zu stärken;
3. allen Flüchtlingen in Deutschland eine diskriminierungsfreie und gute Gesundheitsversorgung zu gewähren, die über die bisherige Minimalversorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hinausgeht (u. a. Gesundheitskarte);
4. den Einsatz von Antibiotika deutlich zu reduzieren durch mehr Aufklärung bei der Bevölkerung, bessere Fortbildung niedergelassener Ärztinnen und Ärzte und Personalstandards in Krankenhäusern sowie durch das Verbot von für den Menschen vorbehaltene Reserveantibiotika in der Tierhaltung;
5. sich für eine deutlich bessere internationale Gesundheitspolitik einzusetzen durch verbindliche Beteiligung an der Finanzierung in der UN, durch eine Reform der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie durch eine Intensivierung des Kampfes gegen mit Armut verbundene und vernachlässigte Krankheiten, u. a. durch den Aufbau eines verpflichtenden globalen Fonds zur Finanzierung von Forschung und Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe.

Berlin, den 22. September 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion